

WOLFGANG KÖHLER

# CRASH 2009

DIE NEUE WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Wie es dazu kommen konnte und  
wie Sie jetzt Ihr Geld anlegen sollten!

LESEPROBE

Haben Sie Fragen an den Autor?  
Anregungen zum Buch?  
Erfahrungen, die Sie mit anderen teilen möchten?  
Nutzen Sie unser Diskussionsforum:  
[www.mankau-verlag.de](http://www.mankau-verlag.de)

**mankau**

---

## Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

---

Wolfgang Köhler

### Crash 2009

Die neue Weltwirtschaftskrise

Wie es dazu kommen konnte und  
wie Sie jetzt Ihr Geld anlegen sollten!

ISBN 978-3-938396-31-5

1. Auflage 2009

### Mankau Verlag

Postfach 13 22, D-82413 Murnau a. Staffelsee

Im Netz: [www.mankau-verlag.de](http://www.mankau-verlag.de)

Diskussionsforum: [www.mankau-verlag.de/forum.php](http://www.mankau-verlag.de/forum.php)

Lektorat/Endkorrektur: Dr. Thomas Wolf, MetaLexis

Gestaltung Umschlag: HildenDesign, München

Gestaltung Innenteil: Heike Brückner, Grafikstudio, Regensburg

Der Inhalt wurde auf chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt,  
der Druck erfolgte in Deutschland.

## Inhalt

Einleitung.....	7
<b>Wie Deutschland in die Krise geriet.....</b>	<b>11</b>
<b>Die langen Schatten des Sozialismus .....</b>	<b>43</b>
Wie der Neoliberalismus entstand.....	43
Von ideologischen Glaubenssätzen, Scharlatanen und Spinnern .....	64
Scharfer Wettbewerb und falsche Anreize .....	70
Der dreifache Sieg der Marktwirtschaft.....	73
<b>Der Jahrhundert-Tsunami „Finanzkrise“ .....</b>	<b>77</b>
Der Immobilienboom.....	79
Disneyland Loans – Die Machenschaften der US-Kreditbranche .....	89
Mehr Schwung für das Kreditkarussell .....	106
Die Wette, die die Wall Street in den Abgrund stürzte .....	122
Eine solide Regionalbank im Sog der Krise .....	146
Amerika in der Schuldenfalle.....	154
<b>Rettungsanker Staat .....</b>	<b>177</b>
<b>Kranke Banken – kranke Wirtschaft – kranker Staat .....</b>	<b>201</b>
Wenn das Schwungrad rückwärts läuft .....	201
Konjunkturprogramme und Protektionismus.....	218
<b>Die Chancen der Krise .....</b>	<b>231</b>
<b>Krise, Crash – was nun? – Zehn Regeln für die     Geldanlage.....</b>	<b>239</b>
Zum Autor .....	253

## Einleitung

Als ich im Herbst 2007 erstmals bei Verlagen mit der Idee hausieren ging, ein Buch über die Finanzkrise schreiben zu wollen, da schlug mir ungläubige Ablehnung entgegen. „Sie wollen waaas?“, hieß es da allenthalben. „Wenn das Buch im Frühjahr 2008 frühestens erscheinen kann, redet doch kein Mensch mehr über dieses Thema.“ Dank der Unterstützung des Mankau Verlags kam „Wall Street Panik – Banken außer Kontrolle“ dann ja doch auf den Markt – und wurde gleich ein (Wirtschaftsbuch-)Bestseller.

Tatsächlich nahm die Krise noch weit schlimmere Formen an, als ich befürchtet hatte. Im Frühjahr 2009 steckt die Weltwirtschaft mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit acht Jahrzehnten. Sie wird wohl als eine der großen epischen Krisen in die Wirtschaftsgeschichte eingehen. Mehrfach stand 2008 das gesamte Weltfinanzsystem am Abgrund und konnte nur durch das beherzte Eingreifen von Regierungen in aller Welt und mit Geldspritzen von unvorstellbarem Umfang vor dem Kollaps bewahrt werden. Kredit, dieses unverzichtbare Schmiermittel des Wirtschaftskreislaufs, ist vielerorts – wenn überhaupt, dann nur noch unter erschwerten Bedingungen zu haben. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ist weltweit in beängstigendem Maße eingebrochen. Arbeitsplätze werden in einem Maße und Tempo abgebaut wie noch nie in den vergangenen 60 Jahren. Kaum ein Unternehmen kann sich seines Überlebens mehr sicher sein. Als ob es dafür noch eines besonderen Symbols bedurft hätte, steht General Motors, über Jahrzehnte das größte Industrieunternehmen der Welt und Inbegriff des Wirtschaftsaufschwungs in den

westlichen Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg, im Frühjahr 2009 vor der Pleite – samt seinen europäischen Tochterunternehmen Opel, Saab und Vauxhall. Und nach den Fällen Island und Lettland wird die Liste der Länder, die von einem Staatsbankrott bedroht sind, immer länger. Schon erscheint nicht mehr ausgeschlossen, dass die Europäische Währungsunion und mit ihr der Euro auseinanderbricht.

Viele Menschen stehen diesen Geschehnissen und Turbulenzen in der Wirtschaft mit einer Mischung von Ratlosigkeit und Fassungslosigkeit gegenüber. Sie fragen: Wie konnte das nur geschehen? All ihre Erfahrung sagt ihnen nach Jahrzehnten wachsenden Wohlstands, dass das Konjunkturgetwitter bald vorübergezogen sein wird. Doch je weiter diese Krise bisher vorangeschritten ist, umso düsterer wurden die Prognosen der Wirtschaftsforscher. Die Instrumente der Notenbanken zur Ankurbelung der Konjunktur scheinen ihre Zugkraft verloren zu haben. Jetzt sollen die Regierungen mit kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen retten, was zu retten ist. Noch ist dabei nicht auszumachen, ob die Bürde dieser zusätzlichen Schulden den nächsten Generationen aufgeladen wird oder ob sich die Regierungen dieser Last über eine beschleunigte Inflation entledigen werden.

Auf die Frage, wie es zu dieser Krise hat kommen können, habe ich schon in „Wall Street Panik – Banken außer Kontrolle“ erste Antworten zu geben versucht. Darin kam ich zu dem Ergebnis, dass in erster Linie eine Mischung aus völliger Verantwortungslosigkeit amerikanischer Banken bei der Vergabe von Verbraucher- und Immobilienkrediten, übertriebener Deregulierung des US-Finanzsektors und naiver Gutgläubigkeit weltweiter Investoren die Krisenlawine losgetreten hat.

Wenn diese These richtig ist, stellen sich aber weitere Fragen. Was haben die Akteure in den Vorstandsetagen von Banken wohl gedacht, wie Wirtschaft funktionieren soll, als sie ihre Geschäfte so außer Rand und Band und jenseits jeder kaufmännischen Vorsicht getrieben haben? Was haben sich Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden dabei gedacht, als sie bewährte Regeln und Grundsätze einer geordneten Marktwirtschaft einfach über Bord geworfen haben?

Diesen Fragen und jenen nach den Ursprüngen und Hintergründen der Krise geht dieses Buch „Crash 2009 – Die neue Weltwirtschaftskrise“ noch weit gründlicher nach. Die Ergebnisse der Recherchen zeigen unter anderem, dass die Ideen- und Vorstellungswelt der Protagonisten des enthemmten und entgrenzten Kapitalismus der vergangenen eineinhalb Jahrzehnte tief im vergangenen Jahrhundert wurzelt – so tief, dass man die Wirtschaftsturbulenzen seit 2007 mit Fug und Recht als die letzte Krise des 20. Jahrhunderts, dieses „Zeitalters der Extreme“, bezeichnen kann.

## Wie Deutschland in die Krise geriet

**D**ie Krise erreichte Deutschland früher als viele andere Länder. Ende Juli 2007 drohte die IKB Deutsche Industriebank zusammenzubrechen. Gescheitert an Fehlspekulationen und Missmanagement. So konnte man es in den Zeitungen lesen, so wurde in den Fernsehnachrichten darüber berichtet. Die Schuldigen waren schnell ausgemacht – der Vorstand der Bank – und aus ihren Ämtern entlassen. Erledigt, abgehakt.

Dass sich dort, wo die IKB leichtfertigerweise investiert hatte, ein Sturm zusammenbraute, der bald die ganze Weltwirtschaft durcheinanderwirbeln würde, wollte lange Zeit niemand wahrhaben. Jochen Sanio, Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und damit oberster deutscher Bankenaufseher, hatte zwar gleich gewarnt: Wenn die IKB zusammenbreche, drohe die „größte Krise des deutschen Kreditgewerbes seit 1931“. Doch Bundesbankpräsident Axel Weber dämpfte die Aufregung gleich wieder: „Wir haben keine Bankenkrise.“

Wo die IKB leichtfertig investiert hatte, das waren die USA, genauer: der dortige Markt für Immobilienkredite. Dass sich da eine Spekulationsblase gebildet hatte, konnten aufmerksame Zeitungsleser in den Jahren zuvor gelegentlich lesen. Ab 2006 konnte man aus Wirtschaftsblättern auch erfahren, dass aus dieser Blase demnächst wohl die Luft entweichen würde. Doch solche Berichte wurden in Deutschland wahrgenommen wie Geschichten über Kälterekorde in Sibirien, die man vor dem warmen Kamin liest.

Der deutschen Wirtschaft ging es gut, das Land sonnte sich im Glanz des Titels eines Exportweltmeisters. Die Unternehmen erzielten Rekordgewinne und interessierten sich mehr für die wachsenden Märkte in China und Indien als für Verwerfungen auf dem US-amerikanischen Häusermarkt.

Es sollte noch fast 14 Monate dauern, ehe der Sturm auch über Deutschland hinwegfegte. Plötzlich musste die – bis dahin in breiten Bevölkerungskreisen weithin unbekannte – Hypo Real Estate gerettet werden. Zweimal sogar innerhalb einer Woche. Und damit ein Unternehmen, das der feinen Oberklasse der Mitglieder des Deutschen Aktienindex (DAX) angehörte. Kurz darauf musste gar ein Schutzschirm für das ganze Kreditgewerbe mit einem gigantischen Preisschild von 480 Milliarden Euro aufgespannt werden – und das nicht nur in Deutschland, sondern in zahlreichen anderen Industrieländern ebenfalls.

Plötzlich fragte die „BILD“-Zeitung: „Wie sicher ist unser Geld?“ und berichtete wenige Tage später, die Deutschen hätten „Angst um ihre Jobs“. Und bald nach den Banken verlangten auch andere Unternehmen nach staatlicher Hilfe.

Lange, sehr lange verdrängten die Deutschen die dunklen Wolken und das Wetterleuchten am wirtschaftlichen Horizont. Wenn die Krise in dieser Zeit überhaupt wahrgenommen wurde, dann in einem fernen und beinahe abstrakten Raum, der mit der eigenen Lebenswelt wenig zu tun hatte: irgendwo zwischen Los Angeles und Miami, wo die Grundstückspreise fielen, und den Vorstandsetagen der Hochfinanz, deren Aktienkurse sanken.

Selbst gestandene Banker haben die Lage lange Zeit nicht allzu ernst genommen. So zitiert die „Süddeutsche Zeitung“ aus der launigen Rede, die der Vorstandsvorsitzende einer

deutschen Bank auf dem Neujahrsempfang 2008 seines Instituts zum Besten gab: „Erst klang es nach einer regionalen Posse amerikanischer Hypothekenbanken. Dann sah es so aus, als ob sich die Krise vor allem zwischen Düsseldorf und Sachsen abspielen würde. Jetzt stehen wir vor einem globalen Problem. Für uns aber war es ein gutes Jahr. Ich bin zuversichtlich für 2008.“ Tatsächlich haben die Aktien deutscher Banken in den folgenden elf Monaten mehr als drei Viertel ihres Wertes verloren.

Nicht einmal die Crème deutscher Ökonomen durchschaute das komplizierte Geflecht aus angeblich „modernen“ Finanzinstrumenten, mit dem US-Banken und -Investmentbanken ihre Machenschaften und die Risiken am amerikanischen Kreditmarkt verschleierten. Im November 2007, nachdem die Finanzkrise bereits zwei deutsche Banken an den Rand des Abgrunds der Insolvenz getrieben hatte (IKB und Sachsen LB), schrieb der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in sein Jahresgutachten:

Neuartige Techniken der Verbriefung „förderten das Modell ‚*originate and distribute*‘, das es Banken in den Vereinigten Staaten erlaubte, Kredite an private Haushalte zu vergeben und sie dann an Investoren in der ganzen Welt zu veräußern.“ Über die „Strukturierung“ der Kreditbündel sei es möglich gewesen, „aus Kreditportfolios mit zweitklassiger Qualität einen hohen Prozentsatz erstklassig bewerteter Finanztitel zu destillieren.“<sup>7</sup>

7 Das Erreichte nicht verspielen, Jahresgutachten 2007/08, Sachverständigenrat, November 2007, S. 89

Dass diese märchenhafte Verwandlung von Stroh in Gold nicht möglich ist, hatten Banken in aller Welt zu jenem Zeitpunkt bereits schmerzhaft erfahren müssen. Wenige Monate später stellte dies die Federal Reserve Bank of Dallas auch „amtlich“ fest (vgl. S. 120). Heute weiß es die ganze Welt. Die prominentesten deutschen Ökonomen aber hatten die Winkelzüge der Wall Street im November 2007 noch immer nicht durchschaut.

Unter solchen Umständen kann es kaum verwundern, dass auch viele andere Bürger die heraufziehende Krise lange Zeit aus ihrem Bewusstsein ausgeklammert haben. Das kommt nirgends besser zum Ausdruck als in einem ganz wirtschaftsfernen Interview mit dem amerikanischen Künstler Jeff Koons, das ich Anfang November 2008 zufällig im Radio hörte. Fragte doch der Reporter: „Herr Koons, seit zwei Monaten stecken wir nun in einer Finanzkrise ...“ Seit zwei Monaten!

Ähnlich überrascht zeigte sich wenige Tage später ein anderer, ebenfalls nicht gerade wirtschaftsnaher Journalist im persönlichen Gespräch, als er – nun schon konfrontiert mit Kurzarbeit und vorübergehenden Werksschließungen bei einigen Automobilherstellern – fragte: „Wie konnte das alles nur so schnell passieren? Die Krise hat doch erst vor zwei Monaten begonnen.“

Wie konnte das passieren? Wie konnte es so weit kommen, dass Menschen in Mannheim oder Marseille, Madrid oder Manchester ihren Job verlieren, nur weil in San Diego und Las Vegas die Immobilienpreise fallen? Wie konnte es so weit kommen, dass rund um den Globus Volkswirtschaften in die Rezession abgleiten und ganze Staaten vor dem Bankrott gerettet werden müssen?

Dass die Krise vom US-amerikanischen Immobilienmarkt ausging, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Erstaunen ruft aber bis heute hervor, warum gerade die deutsche Wirtschaft so früh und so heftig von der Krise durchgerüttelt worden ist. Beginnen wir deshalb mit der Spurensuche erst einmal in Deutschland, mit einer Rückblende.

August 2005. Der Sommer ist verregnet und es herrscht Wahlkampf. Bundestagswahlkampf. Wenige Monate zuvor hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage gestellt, absichtlich verloren und Neuwahlen eingefädelt. Jetzt könnte Aufbruchstimmung herrschen. Stattdessen ist das Land in Sommerstarre verfallen. Die Wirtschaft lahmt seit Jahren. Zu Jahresbeginn, nachdem die Hartz-IV-Gesetze in Kraft getreten waren, hatten die Deutschen die Horrorzahl von mehr als fünf Millionen Arbeitslosen zu verdauen. Seither sind es kaum weniger geworden.

In diese eher trübselige Stimmung platzt eine positive Nachricht herein: Eine der ältesten und angesehensten Wirtschaftszeitschriften, der britische „Economist“, erteilt Deutschland ein dickes Lob. „Während der vergangenen fünf Jahre hat Deutschland, das lange zu den teuersten Geschäftsadressen in Europa zählte, einen neuen Wettbewerbsvorteil gegenüber Frankreich, Italien, den Niederlanden und sogar gegenüber Großbritannien gewonnen. Das ist ein wichtiger Grund dafür, dass das Land im vergangenen Jahr seinen Rang als größte Exportnation zurückerobert hat.“ Wenn nun auch noch die Verbraucher wieder mehr Vertrauen in die zukünftige Wirtschaftsentwicklung fassen, schreibt der „Economist“, könnte die deutsche Wirtschaft „bald positiv überraschen“<sup>2</sup>.

2 Germany's surprising Economy, Economist vom 18. August 2005

Das waren ganz ungewöhnliche, ungewöhnlich positive Worte über das Land, das lange als der „kranke Mann Europas“ galt. Erst litt die deutsche Wirtschaft – nach dem kurzen Vereinigungsboom nach 1989 – unter den Belastungen der deutsch-deutschen Vereinigung. Danach setzte die europäische Einheitswährung der deutschen Wirtschaft zu. Die hatte zu D-Mark-Zeiten lange davon profitiert, dass die Deutsche Bundesbank ein strenges geldpolitisches Regime führte. Weil die Inflationsraten in Deutschland regelmäßig niedriger ausfielen als in den Nachbarstaaten, erfreute sich die Wirtschaft auch geringerer Zinssätze für Kredite. Nach der Einführung der europäischen Einheitswährung aber konnte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Geldpolitik nicht mehr allein nach den Gegebenheiten in der Bundesrepublik ausrichten. Vielmehr musste sie ihre Leitzinsen nach den unterschiedlichen wirtschaftlichen Potenzialen und unterschiedlichen Inflationsraten in Ländern wie Deutschland und Irland, Frankreich und Italien, Spanien und Österreich ausrichten. Im Ergebnis löste sich für die deutsche Wirtschaft dadurch der ehemalige Zinsvorteil in Luft auf. Für die Wirtschaft in Europa mögen die Realzinsen angemessen gewesen sein – für die deutsche Wirtschaft allein lagen sie in den ersten Jahren der Währungsunion zu hoch – erheblich höher jedenfalls als im Durchschnitt der Euro-Zone oder beispielsweise in den USA.<sup>3</sup> Daher rührte ein jahrelanges Schwanken zwischen anämischen Wachstumsraten und rezessiven Tendenzen.

Diese Schwächephase, so muss die Einschätzung des „Economist“ interpretiert werden, hatte die deutsche Wirtschaft nun endlich überwunden. Dafür hatten vor allem die

<sup>3</sup> Eckehard Hein, Achim Truger: German Economic Policy at a Crossroads, in: The Social and Ecological Market Economy – A Model for Asian Development?, Eschborn 2008, S. 71 ff.

Unternehmen hart gekämpft. Unnachgiebig hatten sie den Gewerkschaften Zugeständnisse bei Löhnen, Arbeitszeiten und den ehemals üppigen Sozialleistungen abgetrotzt. Die Tarifabschlüsse fielen jahrelang äußerst mager aus, die 35- oder 38-Stundenwoche wurde in vielen Unternehmen ohne Lohnausgleich verlängert, Weihnachts- und Urlaubsgeld wurden gekürzt oder ganz gestrichen.

Jetzt waren deutsche Autos und Maschinen, deutsche Chemieprodukte und sogar Erzeugnisse der IT-Branche im Ausland wieder begehrt. Der Aufschwung konnte beginnen.

Von der Wissenschaft wurde die Wirtschaft wortreich unterstützt. „Eine zurückhaltende Lohnpolitik verbilligt den Faktor Arbeit sowohl absolut als auch relativ zum Faktor Kapital, erhöht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen und macht gerade auch arbeitsintensive, einfachere Tätigkeiten etwa im Dienstleistungsbereich rentierlich. Sie stellt damit die Voraussetzung dar, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden, auf welche die Arbeitslosen wechseln können, und erzeugt damit eine höhere gesamtwirtschaftliche Nachfrage“, schrieb der Sachverständigenrat in sein Jahresgutachten 2005/06.<sup>4</sup> Bald zeigte sich jedoch, dass im Aufschwung zwar zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, aber zumindest aus dem Inland keine „höhere gesamtwirtschaftliche Nachfrage“.

Tatsächlich wurde es ein kurzer, kräftiger, aber auch zwiespältiger Aufschwung, der von einer rasch wachsenden Nachfrage nach deutschen Exportartikeln getragen wurde. Im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2007 stiegen die deutschen Ausfuhren um beinahe zehn Prozent pro Jahr. Die Exportun-

<sup>4</sup> Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen, Jahresgutachten 2005/06, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 196



ternehmen steigerten ihre Gewinne Jahr um Jahr – zumeist um zweistellige Prozentraten.

Die Börsen boomten. Von Ende 2004 bis Ende 2007 legte der Deutsche Aktienindex (DAX) um fast 90 Prozent zu. 21 der 100 größten börsennotierten Unternehmen konnten ihre Aktienkurse in dieser Zeit mehr als verdoppeln. Gewachsen ist gleichzeitig auch die Zahl der Reichen im Land. Im Jahr 2007 zählt die Boston Consulting Group in Deutschland 422.000 Haushalte mit einem Geldvermögen von mehr als einer Million US-Dollar – fast ein Drittel mehr als 2005.

Nur bei der breiten Mehrheit der Bevölkerung kam der Aufschwung nicht recht an. Zwar schafften die Unternehmen im Aufschwung durchaus neue Arbeitsplätze. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Jahr 2007 erstmals über 40 Millionen, die Zahl der Arbeitslosen sank von über fünf Millionen (Anfang 2005) auf unter drei Millionen (Oktober 2008). Präsidenten und Minister schwadronierten sogar schon davon, dass Vollbeschäftigung wieder denkbar geworden sei.

Nur in den Portemonnaies und auf den Bankkonten der meisten Bürger war davon nichts zu spüren. Trotz steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosenzahl lag das so genannte Masseneinkommen (die Summe aller Nettolöhne und -gehälter plus monetäre Sozialleistungen) im Jahr 2007 nach Abzug der Inflationsrate um mehr als vier Prozent unter dem Niveau von 2002. Lohn- und Gehaltserhöhungen wurden von steigenden Preisen aufgezehrt. Die Summe aller gezahlten Bruttolöhne und -gehälter ist in diesem Zeitraum real gesunken, die Summe aller Nettolöhne und -gehälter ist nach Abzug der Inflationsrate geschrumpft und die Summe der empfangenen monetären Sozialleistungen ist der realen

Kaufkraft nach ebenfalls zurückgegangen. In der Summe teilte sich eine gewachsene Zahl von Erwerbstätigen eine schrumpfende Lohn- und Gehaltssumme. Und die wachsende Einkommenslücke wurde durch ebenfalls schrumpfende staatliche Sozialleistungen nur noch größer.

Es ist dies die Kehrseite der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Unternehmen zahlen weniger Löhne und verlängern die Arbeitszeit und können dadurch ihre Produkte im Ausland günstiger anbieten. Sie setzen die Preise ihrer Produkte aber nicht in gleichem Maße herab wie die Lohnkosten. Folglich steigen ihre Gewinne.

Politiker und Ökonomen aller Couleur beschwören zwar ihre Wähler bzw. ihre Mitbürger, Deutschland sei einer der ganz großen Gewinner der Globalisierung. Doch das gilt in erster Linie für die Exportunternehmen, ihre Eigentümer bzw. Aktionäre – und ihre leitenden Mitarbeiter, die sich deftige Gehaltserhöhungen genehmigen. Die OECD stellt in einer Analyse der Einkommensverteilung denn auch fest: „Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land.“<sup>5</sup>

Die Wirkung der einseitigen Verteilung der Früchte des neuen Booms lässt sich an der Entwicklung des Einzelhandels ablesen. Bereinigt um Preissteigerungen kamen dessen Umsätze (ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen) in den Jahren seit 2004 kaum über Zuwächse von einem Prozent hinaus. Sie stiegen deutlich langsamer als das Bruttoinlandsprodukt, die Gesamtleistung der deutschen Wirtschaft. Handgreiflicher zeigen sich die Trends dieses Aufschwungs an fol-

5 Growing Unequal?: Income Distribution and Poverty in OECD Countries, Country Note Germany, OECD (2008)

gendem Beispiel: Im Jahr 2007 verkaufte Porsche von seinem Klassiker-Modell 911 rund 30 Prozent mehr Fahrzeuge als 2004. Der Absatz des VW Polo dagegen schrumpfte im gleichen Zeitraum um mehr als 17 Prozent. Anders ausgedrückt: Luxus boomt, Allerweltsware bleibt in den Regalen liegen.

Kein Wunder, dass in diesen Jahren eine Gerechtigkeitsdebatte geführt wurde. Die eine Seite argumentierte mit den neuen Arbeitsplätzen, die im Boom geschaffen würden, die Gegenseite hielt dem die zunehmende Zahl der in Armut lebenden oder von Armut bedrohten Menschen entgegen. Das aus dem Amerikanischen entlehnte Wort von den *working poor* machte die Runde. „Arm trotz Arbeit.“

Deshalb konnten sich auch nicht die Hoffnungen der Autoren des „Economist“ erfüllen, die im August 2005 darauf setzten, dass ein Anstieg der Beschäftigung auch der Verbrauchernachfrage, „dem schwächsten Teil der deutschen Wirtschaft“, wieder auf die Sprünge helfen würde. Die große Mehrheit der Bevölkerung, von den Ärmsten bis weit in die Reihen des Mittelstands hinein, profitierte einfach nicht genug vom Aufschwung, hatte nicht genug Geld auf dem Bankkonto, um mit steigendem Konsum das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen. Statt die Binnennachfrage zu stärken, setzte Deutschland einseitig auf Exporterfolge.

Über mehrere Jahre zahlte sich diese Strategie auch aus. Mit den Exporten stiegen die Unternehmensgewinne und die Steuereinnahmen des Staates. Doch weil die Binnennachfrage stagnierte, investierten die Unternehmen statt im Inland lieber im Ausland, wo üppigere Wachstumsraten lockten. In China beispielsweise. Oder in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union in Mittel- und Osteuropa.

Eine kleine Schar von Wissenschaftlern hat jahrelang vor den Risiken der einseitigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik gewarnt. Nach der vorherrschenden Lehre sollte die Wirtschaft zu stärkerem Wachstum animiert werden, indem der Staat ihre Rahmenbedingungen verbessert (Angebotspolitik). In erster Linie hatten die Ökonomen dabei eine Senkung von Steuern und Sozialabgaben im Sinn. Abwechselnd plädierten sie deshalb für – als „Reformen“ verkleideten – Abbau von Sozialleistungen und anderen Staatsausgaben. Nur wenige Ökonomen argumentierten stattdessen dafür, dass Staat und Verbraucher mehr Geld in die Hand nehmen bzw. bekommen, um mit steigenden Ausgaben die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen anzukurbeln und auf diesem Wege das Wirtschaftswachstum auf Trab zu bringen.

Darüber kam es um den Jahreswechsel 2004/05 im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sogar zum Streit. Wolfgang Wiegand, der damalige Vorsitzende des erlauchten Gremiums, sagte, der deutsche Staat sei hoch verschuldet und die Steuern und Abgaben belasteten die Wirtschaft schon jetzt bis an die Schmerzgrenze. Deshalb müsse die Bundesregierung (und andere öffentliche Institutionen) ihre Ausgaben einschränken und die Steuersätze senken, um die Unternehmen zu entlasten. Wenn die Unternehmen mehr verdienten, würden sie auch wieder stärker investieren.

Peter Bofinger, seit Anfang 2004 einer der Wirtschaftsweisen, vertrat eine ganz andere Meinung: Das Sparen „predigen Sie nun seit Jahren. Und was hat es gebracht? Wir haben in drei Jahren mehr als eine Million sozialversicherungspflichtige Jobs verloren. Überall wird immer nur gespart, es wird ein regelrechter Kult darum getrieben ... als wäre es die Lösung

aller Probleme. Schauen Sie mal, wie robust sich in Frankreich die Wirtschaft entwickelt: Dort hat der Staat seine Ausgaben in den letzten Jahren stetig ausgeweitet, die Löhne sind im Schnitt um fast einen Prozentpunkt stärker gestiegen als bei uns, die Binnenkonjunktur ist dadurch deutlich angesprungen.“<sup>6</sup>

Ende 2004 eskalierte der Streit zwischen den unterschiedlichen Glaubensrichtungen. Am Ende verriet Wiegard dem „Rheinischen Merkur“ in einem Interview, im Sachverständigenrat stießen neuerdings unterschiedliche Denkmodelle aufeinander, die völlig unvereinbar seien. Sprach's und trat von seinem Posten als Vorsitzender des Sachverständigenrates zurück.

Als die sich entwickelnde Finanzkrise drei Jahre später – im Herbst 2007 – die Wachstumsaussichten der deutschen Wirtschaft eintrübte, musste dieser Streit manchen Politikern noch in den Ohren geklungen haben. Immer mehr deutsche und internationale Banken meldeten jetzt hohe Verluste und es wuchsen Befürchtungen, der Welthandel könnte ins Stottern geraten. Weil damit auch die Konjunkturlokomotive „deutscher Export“ an Zugkraft verlieren würde, erinnerten sich nun selbst solche Politiker an die segensreichen Wirkungen einer kräftigen Binnennachfrage, die sich bisher eher zu den Angebotspolitikern zählten. So erklärte im Oktober 2007 Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU), „die privaten Haushalte übernehmen im nächsten Jahr die Rolle des Wachstumsträgers.“ Und der Sachverständigenrat assistierte: „Der Anstieg der Wirtschaftsleistung im kommenden

6 „Es ist genau andersherum“, Wirtschaftsweiser Peter Bofinger im Streitgespräch mit Hans-Werner Sinn, Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Der Spiegel 50/2004, S. 94

Jahr wird maßgeblich von einer kräftigeren Binnennachfrage getragen.“<sup>7</sup>

Doch die Verbraucher dachten gar nicht daran, die ihnen zugeschobene neue Rolle zu übernehmen. Nach einem Hoch im Sommer 2007 bescheinigte der GfK-Konsumklimaindex, dass die Verbraucher dafür nicht bei Laune seien. Steigende Preise zehrten die Tariferhöhungen bei Löhnen und Gehältern weitgehend auf. Beim Einzelhandel blieb die erhoffte Belebung aus. Im Weihnachtsgeschäft 2007 hatte es schon regelrechte Umsatzeinbrüche gegeben. Im Dezember 2007 lagen die Umsätze des Einzelhandels real, das heißt nach Abzug der Preissteigerungen, um fast sieben Prozent unter Vorjahresniveau. Ein Jahr später, vor Weihnachten 2008, beschworen Politik und Medien zwar die ungebremste Kauflust der Verbraucher. Als das Statistische Bundesamt dann aber die Zahlen aufaddiert hatte, musste man feststellen, dass die Dezember-Umsätze des Einzelhandels noch schlechter ausgefallen waren als im Dezember des Vorjahres: minus 0,3 Prozent. Im ganzen Jahr 2008 hatten die deutschen Einzelhändler – in konstanten Preisen gerechnet – sogar weniger umgesetzt als im Jahr 2000.

Kurzum: Den Verbrauchern fehlte es ganz einfach am nötigen Kleingeld, um mit vermehrtem Konsum das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, sobald der Export einbrechen würde. Fünf Jahre lang waren Löhne, Gehälter und Sozialtransfers real, das heißt nach Abzug der Inflationsrate, nicht gewachsen, sondern geschrumpft. Und ab Mitte 2007 stiegen die Preise für Lebensmittel, Benzin, Heizöl und Strom nur immer schneller. Da blieb gar kein Spielraum für Ausgabensteigerungen.

7 Das Erreichte nicht verspielen, Jahresgutachten 2007/08, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 3

**Wolfgang Köhler erklärt die Hintergründe und Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise und gibt wertvolle Finanztipps.  
Spitzentitel zum Top-Thema 2009!**

Möchten Sie weiterlesen? Unser Buch erhalten Sie bei Ihrem Buchhändler  
oder im Webshop des Mankau Verlags: [www.mankau-verlag.de](http://www.mankau-verlag.de).

Seit vielen Jahren ist der gelernte Diplom-Kaufmann Wolfgang Köhler (geb. 1947) mit den Krisen des Wirtschafts- und Finanzsystems vertraut. In der „Wirtschaftswoche“ analysierte er bereits die Hintergründe und Folgen des Aktiencrashes von 1987. Später leitete er dort das Ressort „Geld + Kapital“. In den 1990er Jahren schrieb er in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ über Entwicklungen in der Wirtschaftspolitik und an den Finanzmärkten. Frühzeitig warnte er seine Leser als Börsenkolumnist vor den Verrücktheiten des Internet-Aktienbooms. Heute lebt und arbeitet Köhler als freier Journalist in Düsseldorf.



Köhlers fundierte und packende Analyse „Wall Street Panik. Banken außer Kontrolle“ (ISBN 978-3-938396-21-6) entwickelte sich im Herbst 2008 zu einem der Top-Sachbücher zur Finanzkrise.

Haben Sie Fragen an den Autor?

Nutzen Sie unser Diskussionsforum:

**[www.mankau-verlag.de](http://www.mankau-verlag.de)**